

Ratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**SPD Ratsfraktion****FDP Ratsfraktion** öffentlich nicht öffentlich

Düsseldorf, 04.05.2020

An
Herrn
Oberbürgermeister Thomas Geisel
Vorsitzender des Rates

**Antrag der Ratsfraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP zur
Sitzung des Rates am 14.05.2020****Betrifft:**

Antrag der Ratsfraktion von Bündnis90/Die Grünen, SPD und FDP: Abstand halten –
Begegnungen ermöglichen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für stationäre Pflegeeinrichtungen, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, Krankenhäuser, Einrichtungen der Behindertenhilfe und andere besonderen Wohnformen gelten aktuell harte Kontaktbeschränkungen und Besuchsverbote. Bewohner*innen, Angehörige und Freund*innen stellen diese Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie vor große Herausforderungen.

Starke soziale Isolation und negative psychische gesundheitliche Folgen sind zu befürchten, je länger die Maßnahmen aufrechterhalten werden müssen. Umso wichtiger ist es, Wege zu finden, die – unter Beachtung der hygienischen Vorgaben – Begegnungen, Gespräche, Austausch und Kontakt ermöglichen.

Neben digitalen Möglichkeiten wie Videochats oder Videobotschaften gibt es auch für reale Treffen gute Vorbilder, beispielsweise mit Abstand im Freien, in speziell ausgerüsteten Räumen mit „schwarz-weiß-Trennung“ oder in eigens aufgestellten Besuchscontainern, die mit Trennscheiben und Sprechanlagen ausgerüstet werden.

Die Einrichtungen, die in Düsseldorf von den Kontaktbeschränkungen und Besuchsverboten betroffen sind, haben sehr unterschiedliche Voraussetzungen, soziale Kontakte zu ermöglichen. Daher werden die Lösungsansätze auch vielfältig sein.

Vor diesem Hintergrund bitten die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung des Rates am 14. Mai 2020 zu nehmen und zur Abstimmung zu bringen:

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beauftragt die Verwaltung, Konzepte und Angebote zu unterstützen, die Bewohner*innen von Pflegeeinrichtungen etc. Begegnungen mit ihren Angehörigen und Freund*innen unter Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregeln ermöglichen. Gemeinsam mit den Trägern der Einrichtungen, für die aktuell Besuchsverbote gelten, soll ein Austausch über individuelle Lösungen und gute Vorbilder aus anderen Kommunen und stattfinden. Je nach Ansatz kann die Stadt auch finanziell unterstützen.

Sachdarstellung

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Angela Hebler

Norbert Czerwinski

Markus Raub

Manfred Neuenhaus

Für die Richtigkeit

Stephan Soll